



Kunden vor geschlossener Bankfiliale in Athen 2015

Sparkassen Kampagne gegen Einlagensicherung

Die deutschen Sparkassen und die Genossenschaftsbanken wollen ab Juni mit einer groß angelegten Kampagne gegen die geplante europäische Einlagensicherung Stimmung machen. Das geht aus einem Strategiepapier der beiden Bankengruppen hervor. Unter anderem ist geplant, als „Initiative der deutschen Wirtschaft für eine wirksame Einlagensicherung“ großflächig Anzeigen zu schalten. Die EU-Kommission strebt an, dass die Banken der Eurozone in einen gemeinsamen Sicherungstopf einzahlen; deutsche Sparer würden letztlich auch für Kreditinstitute aus Griechenland oder Italien geradestehen. Deutsche Banken kriti-

sieren, so werde die Haftung vergemeinschaftet, während die Risiken weiterhin national gesteuert würden. Die Bundesregierung lehnt bislang den gemeinsamen Sicherungstopf ab. Die Sparkassen fürchten jedoch, Berlin könnte diese Haltung aufweichen. Man wolle mit der Kampagne, in die vor allem mittelständische Firmen eingebunden werden sollen, verhindern, dass die AfD das Thema für sich ausschlechte und die Angst der Sparer schüre. Die Sorge vor einem Erstarren der AfD hatte zuletzt die CDU/CSU dazu getrieben, die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank anzugreifen. Auf einen ähnlichen Effekt hoffen nun offenbar die Sparkassen, um die Regierung gegen die europäische Einlagensicherung auf ihrer Linie zu halten. mhs

Integration Kassen fürchten Kostenwelle

Die gesetzlichen Krankenkassen warnen vor Mehrausgaben durch das geplante Integrationsgesetz für Flüchtlinge. Das Gesetz stellt klar, dass Migranten in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts bei Amtsbesuchen Anspruch auf einen bezahlten Dolmetscher haben. Das gilt auch für Arzt- oder Krankenhaustermine. „Wir schätzen, dass dadurch allein im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung Mehrausgaben von

rund 120 Millionen Euro pro Jahr entstehen“, sagt Martin Litsch, Chef des AOK-Bundesverbands. Integration sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, daher fordert Litsch Steuergeld aus dem Bundeshaushalt. „Falls die gesetzliche Krankenversicherung in Vorleistung gehen soll, muss zumindest der Bundeszuschuss entsprechend angehoben werden.“ Spätestens nach 15 Monaten werden Asylbewerber über die gesetzlichen Kassen versichert, die Kosten trägt der Staat. Zuvor steht ihnen eine Grundversorgung zu. cos

Verkehrswegeplan Bürger kontra Politik

Gegen ein Prestigeprojekt von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) formiert sich breiter Widerstand: Bis zum Ende der sechswöchigen Bürgerbeteiligung Anfang dieser Woche sind online mehr als 20 000 Stellungnahmen gegen Dobrindts Verkehrswegeplan eingegangen. Besonders umstritten ist in der Bevölkerung offenbar der sogenannte Rhein-Ruhr-Express. Weil in Zukunft zwischen Köln und Dortmund Nahverkehrszüge im Viertelstundentakt verkehren sollen, muss die Infrastruktur ausgebaut werden. Allein gegen die Erwei-

terung auf sechs Gleise bei Düsseldorf sind mehr als 700 Stellungnahmen eingegangen. Ärger droht Dobrindt auch von anderer Seite. So hatte das Umweltbundesamt kritisiert, der Entwurf zum Verkehrswegeplan verfehle fast alle selbst gesetzten Ziele im Umweltbereich. Weil der Schwerpunkt zu sehr auf Straßen liege, sei die Klimabilanz bescheiden. bbl



Wagen des Rhein-Ruhr-Expresses

Die Samstagsfrage Warum steigen die Steuereinnahmen unaufhörlich?

Alle halbe Jahre wieder verkünden die amtlichen Steuerschätzer neue Rekordeinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden und korrigieren damit ihre Prognose von vor sechs Monaten nach oben. Am vergangenen Mittwoch war es wieder so weit. So geht es schon seit Jahren. Warum eigentlich? Die Voraussagen der Steuerschätzer gründen auf drei wichtigen Größen, die zu jeweiligen Preisen eingerechnet werden, also ohne dass die Inflationsrate abgezogen wird. Das sind: das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Lohnabschlüsse und die erwarteten Gewinne der Unternehmen. Alle drei konnten für die jüngste Schätzung nach oben korrigiert werden. Das nominale BIP, weil die Inflationsrate etwas höher ausfiel als gedacht. Auch die Lohnabschlüsse übertrafen die

Steuer- aufkommen 2016

Schätzung Mai 2016:

691,2 Mrd. €

+ 5 Mrd. €

gegenüber der
Schätzung vom
November 2015

Annahmen vom November. Und schließlich überwiesen die Unternehmen im Februar deutlich mehr Geld an die Finanzämter als unterstellt. Dabei handelt es sich um Steuervorauszahlungen. Wenn Unternehmen freiwillig mehr zahlen, rechnen sie mit steigenden Gewinnen. Auch ein psychologischer Grund führt zu den ständigen Korrekturen. Steuerschätzer scheuen das Risiko. Deshalb lassen sie bei den Prognosen Vorsicht walten und sich lieber positiv von der Wirklichkeit überraschen. Wird es nun auf ewig so weitergehen? Mit Sicherheit nicht. Wenn die Konjunktur einbricht, dann werden die Schätzer ihre Prognose auch einmal nach unten korrigieren müssen. Wann es so weit ist, weiß niemand. Wendepunkte im Konjunkturzyklus sind schwer vorherzusagen. rei